



Positionen zur Bundestagswahl 2021

Positionspapier der IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz



Arbeitsgemeinschaft
Rheinland-Pfalz



Positionen zur Bundestagswahl

Steuern und Bürokratie

Situation

Unternehmen finden **in anderen Teilen der Welt bessere steuerliche Rahmenbedingungen vor als in Deutschland**. Das benachteiligt deutsche Unternehmen, denn das Eigenkapital der hier aktiven Unternehmen wird stärker belastet als in vergleichbaren Industriestaaten. Die Unternehmen in Deutschland können deshalb weniger investieren als die internationale Konkurrenz. Zudem wird zur Finanzierung der Kosten der Corona-Pandemie wieder die Einführung einer Vermögenssteuer bzw. einer einmaligen Vermögensabgabe gefordert.

Ziel

Es sollte eine **international wettbewerbsfähige Steuerbelastung** hergestellt werden. Steuererhöhungen oder **zusätzliche Steuern** wären **kontraproduktiv**, weil sie zu Lasten von Liquidität und Substanz der Betriebe gehen.

Lösungsweg

In Deutschland sollten Maßnahmen ergriffen werden, mit denen für Unternehmen das aktuelle Belastungsniveau deutlich reduziert wird. Ein wichtiger erster Schritt hin zu einer wettbewerbsfähigen Steuerbelastung wäre die vollständige **Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer**. Eine **Vermögenssteuer** oder eine Vermögensabgabe **sollte nicht eingeführt werden**, um die Attraktivität des Standorts nicht zu schmälern. Neben nationalen Aspekten ist es darüber hinaus wichtig, mit **konsistenten internationalen Steuerregeln** Doppelbelastungen von Unternehmen zu vermeiden.

Das **steuerliche Verfahrensrecht** ist nicht mehr zeitgemäß und **zu komplex**. Viele Sondervorschriften und kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit. Zudem werden den Unternehmen **erhöhte steuerrechtliche Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen** aufgebürdet.

Das **Steuerverfahren muss modernisiert und Steuern handhabbar gestaltet werden**. Dies ist gerade vor dem Hintergrund verschärfter Sanktionen im Steuerrecht notwendig.

Die sich aus der **Digitalisierung** ergebenden Chancen sollte die Steuerverwaltung **konsequent nutzen** und Vorteile an die Betroffenen weitergeben. **Auch sollten die Dokumentations-, Aufzeichnungs- und Nachweispflichten** insbesondere bei der Lohn- und Umsatzsteuer auf ein verhältnismäßiges Maß **begrenzt werden**.

Die **mit dem Ausmaß an Regulierung einhergehende Regelungsdichte** ist in Deutschland zunehmend **unübersichtlich, unverständlich und risikobehaftet**.

Bürokratieabbau ist nicht nur wirtschafts-, sondern insbesondere auch mittelstandsfördernd, da gerade bei KMU Bürokratiebelastungen nicht im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftskraft und verfügbaren Ressourcen stehen.

Neue Gesetze sollten vor Einführung **mit einer realistischen Folgen- und Kostenschätzung** unter Beteiligung aller betroffenen Akteure der Wirtschaft auf ihre Praxistauglichkeit hin **geprüft werden**. **Bestehende Gesetze** und Verordnungen sollte die Politik **regelmäßig auf ihre Notwendigkeit** sowie ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft **prüfen und anpassen**.

Durch **Steuer- und Statistikmeldungen, behördliche Meldepflichten, An- und Ummeldungen** kommt ein mittelgroßes Unternehmen jährlich schätzungsweise auf rund 200 Verwaltungskontakte, die jeweils in unterschiedlicher Weise bedient werden müssen.

Der **Zugang zu Verwaltungsleistungen sollte gebündelt** und das **Potential von E-Government** konsequent **ausgeschöpft werden**.

Der Datenaustausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen sollte auf **Basis einer einheitlichen IT-Gesamtarchitektur** erfolgen und beispielsweise durch **stärkere Standardisierung, Registermodernisierung** sowie das **Modernisieren von Datenschutzregeln** verbessert werden.



Positionen zur Bundestagswahl

Verkehr

Situation

Die **Mobilität von Menschen und Gütern** ist auch in Zukunft **unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten** in einer arbeitsteiligen und globalisierten Wirtschaft.

Ziel

Der **Substanzerhalt, die Engpassbeseitigung und die Ertüchtigung von Hauptverkehrsachsen und -knoten** sollten weiterhin **Priorität** haben. Ebenso sind **Neubauvorhaben** für die Leistungsfähigkeit des Gesamtverkehrsnetzes **elementar**. Zu diesem leistungsfähigen Netz zählt außerdem auch die **Erreichbarkeit von Regionen außerhalb der Ballungsräume und von strukturschwachen Regionen**.

Lösungsweg

Finanzielle Mittel sollten zur **Beseitigung von Engpässen und zur Sanierung von Verkehrsinfrastrukturen** auf hohem Niveau **verstetigt** werden. An den **Vorhaben des vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans 2030** muss festgehalten werden. Der **trimodale Faktor** sollte gestärkt und die **Reaktivierung und Elektrifizierung von Bahnstrecken** vorangetrieben werden.

Mobilität steht **verstärkt im Fokus der Umweltpolitik**. Dabei werden **Verbote, Einschränkungen und Verteuerungen oder zusätzliche Abgaben** diskutiert. Für Unternehmen kann dies **Einschränkungen der Erreichbarkeit ihrer Betriebe** durch Kunden, Mitarbeiter oder Lieferanten bedeuten und zu hohen Kosten bei Haltern von Fahrzeugen führen.

Bei der Umsetzung der Verkehrswende muss für die Zukunft ein **reibungsloser Umstieg zwischen verschiedenen Mobilitätsangeboten** und eine **funktionierende Innenstadtlogistik** sichergestellt werden.

Statt einseitige Restriktionen zu Lasten einzelner Verkehrsträger zu verhängen, sollten **positive Anreize** geschaffen werden, um einen **effizienten und breiten Verkehrsmix** zu ermöglichen.



Positionen zur Bundestagswahl

Forschung und Innovation

Situation

Zeit- und Kostenaufwand bei **Zulassungs- und Genehmigungsverfahren**, aber auch **detaillierte Produktvorschriften und umfangreiche regulatorische Anforderungen** machen vielen Betrieben im Innovationsprozess zu schaffen und **binden Ressourcen**, die dann für **Forschung und Entwicklung** fehlen. Gerade **KMU und Start-ups** haben dazu häufig **eingeschränktere Möglichkeiten bei der Finanzierung**. Hinzu kommt, dass jeder fünfte innovationsaktive Betrieb **Schwierigkeiten** hat, **geeignete Kooperationspartner bei Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zu finden**.

Ziel

Durch die spürbare **Entschlackung von Verfahren** können Unternehmen darin unterstützt werden, ihre **Innovationstätigkeit zu verstärken**. Ebenso benötigen innovative Unternehmen eine auch im internationalen Vergleich **transparentere und bürokratiearme technologieoffene Innovationsförderung mit vereinfachten Antragsverfahren sowie zügigen Bearbeitungszeiten**. Um die Zusammenarbeit von **Wissenschaft und Wirtschaft** zu stärken, sollte schließlich der **Wissens- und Technologietransfer stärker im Fokus der Hochschulen sowie der öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen** stehen.

Lösungsweg

Die Politik sollte **Gesetzesvorschläge auf Innovationsfreundlichkeit prüfen und erkannte Innovationshemmnisse, die sich aus dem geltenden Recht für Unternehmen ergeben, abbauen**. Ziel sollte darüber hinaus auch sein, **öffentliche Ausschreibungen dort, wo angebracht, innovationsfreundlicher zu gestalten**. In Ergänzung zur bewährten Projektförderung ist eine **handhabbare, bürokratiearme Forschungsförderung** ein essenzieller Baustein zur **Erhöhung unternehmerischer Innovationsaktivitäten**. Um einen regelmäßigen Austausch mit der **Wirtschaft** zu ermöglichen, **benötigen Hochschulen geeignete und praxisnahe Anreizsysteme, zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen sowie digital transparente Portale zu FuE- und Transferkompetenzen**. Die stärkere **Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft** unterstützen würden auch **Experimentierräume**, in denen neue Technologien, sowie regulatorische Instrumente **ergebnisoffen getestet** werden können.



Positionen zur Bundestagswahl

Planungen für Investitionsvorhaben beschleunigen und attraktive Innenstädte gestalten

Situation

Plan- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturvorhaben und Gewerbeansiedlungen hemmen immer wieder die Entwicklung von Betrieben. Die einzelnen Verfahrensschritte nehmen viel Zeit in Anspruch, häufig auch bedingt durch Doppelarbeit infolge wiederkehrender Prüfungsschritte. Fehlende Planungs- und Genehmigungs-kapazitäten und analoge Genehmigungs- und Planungsprozesse verschärfen die Problematik zusätzlich.

Ziel

Zugunsten schneller und rechtssicherer Plan- und Genehmigungsverfahren sollten alle Infrastrukturvorhaben grundsätzlich nach einheitlichen Regeln und Verfahren geplant werden. Die Verfahrensstufen sollten auf ein Minimum reduziert und die Öffentlichkeitsbeteiligung einfacher und transparenter gestaltet werden. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollten bei allen Plan- und Genehmigungsverfahren konsequent genutzt werden.

Lösungsweg

Vorgaben aus den Fachgesetzen sollten soweit wie möglich in das allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz zurückgeführt und bewährte Planungsinstrumente für alle Verfahren nutzbar gemacht werden. Das Raumordnungsverfahren sollte in das Planfeststellungsverfahren integriert werden. Öffentlichkeitsbeteiligungen sollten einfach gestaltet werden sowie über zentrale Landes- bzw. Bundesportale digital abrufbar sein. Um Doppelhebungen der Umweltbedingungen an Standorten zukünftig zu vermeiden, sollten die gewonnenen Daten dort zentral hinterlegt werden. So können parallele oder spätere Planungen auf diese Erkenntnisse zurückgreifen.

Besonders unter Druck stehen die Innenstädte, die sich nach der Corona-Pandemie in einem beschleunigten Transformationsprozess befinden und damit drängender denn je nach einer zukunftsfähigen Weichenstellung im Bereich der Stadtentwicklung verlangen.

Um die Innenstädte fit für die Zukunft zu machen, muss der bereits laufende Transformationsprozess der Stadt- und Ortszentren durch die Politik unterstützt werden. Dafür sollte es bundesweit einen neuen und innovativen Gestaltungsrahmen zur Erprobung von Zukunftsmodellen der Innenstädte geben.

Um die Innenstädte zukunftsfähig aufzustellen und dort Wohnen, Leben und Arbeiten besser in Einklang zu bringen, sollten Pilotprojekte und Modellvorhaben im Sinne eines Reallabors gefördert werden. Darin müssten bewährte Programme zur Städtebauförderung sowie innovative Nutzungskonzepte ausgebaut, investitionshemmende Bauvorschriften minimiert und eine konfliktfreie Nutzungsmischung baurechtlich flankiert werden. Darüber hinaus sollten Lärmschutzvorgaben die wirtschaftliche Entwicklung in Innenstädten nicht hemmen. Für flexibel gestaltbare Lärmwerte ist daher eine grundlegende Novellierung der TA Lärm notwendig.



Positionen zur Bundestagswahl

Energieversorgung & Klimaschutz

Situation

Für EE-Erzeugungsanlagen und Energienetzausbau mangelt es vielerorts an Akzeptanz. Damit ist absehbar, dass die mit der Energiewende einhergehenden Ausbauziele nicht erreichbar werden. Zudem dauern die Planungs- und Genehmigungsverfahren zu lange.

Ziel

Für die Wirtschaft ist essenziell, dass Versorgungs- und Systemsicherheit in der Energieversorgung auf höchstem Niveau und zu vertretbaren Preisen gewährleistet bleiben.

Lösungsweg

Der Ausbau der Energienetzinfrastruktur in Deutschland muss sofort stark beschleunigt werden. Die deutsche Wirtschaft ist darüber hinaus langfristig auch auf den sicheren Import von Energierohstoffen und synthetischen Energieträgern zu angemessenen Preisen angewiesen.

Klimaschutz kann nur durch gesamtgesellschaftliche und weltweite Anstrengungen gelingen. Ansonsten kann Klimaschutzpolitik schnell unwirksam werden, wenn sie anstatt zu einer Reduzierung nur zu einer Verlagerung von CO₂-Emissionen in Drittstaaten („Carbon Leakage“) führt.

Ziel sollte es sein, Klimaschutz zu einem Motor für nachhaltiges Wachstum, Wertschöpfung und Innovation in Deutschland und der EU zu machen. Dies würde zu einer zügigen sowie ökonomisch und ökologisch effizienten Erreichung der Klimaschutzziele beitragen.

Marktbasierte und technologieneutrale Instrumente wie der europäische Emissionshandel sollten weltweit abgestimmt und weiterentwickelt werden. Des Weiteren braucht die Wirtschaft, insbesondere KMUs, breite/ ausreichend Unterstützung, um diesen grundlegenden Transformationsprozess erfolgreich bewältigen zu können.

Situation

Das **hohe Maß an politischer Detailsteuerung bei der Energiewende** hat zur Folge, dass sich diese äußerst bürokratisch gestaltet. Die Bedeutung des Markts wird insbesondere im Stromsektor immer weiter zurückgedrängt und die **Stromkosten sind in Deutschland** im Vergleich der Industrieländer **zu hoch**.

Ziel

Für die deutsche Wirtschaft entscheidend sind **international wettbewerbsfähige Preise bei allen Energieträgern**. Die Detailsteuerung, insbesondere im Stromsektor, sollte deshalb deutlich zurückgeschraubt werden, um **Marktsignalen sowie unternehmerischer Innovation Raum zu geben**.

Lösungsweg

Mit der **Fokussierung auf eine europäische CO2-Bepreisung als Steuerungsinstrument** kann die Energiewende ohne weitere Preisverzerrungen technologieoffen und effizient umgesetzt werden, weil ein übergreifender Energiemarkt entsteht. Dazu gehört auch, dass **regulatorische und sich aus der Umlagenstruktur ergebende Hürden** für die Teilnahmen an den Energiemärkten **abgebaut werden**. So muss die EEG-Umlage abgeschafft und die Stromsteuer auf das EU-Minimum zurückgeführt werden.



Positionen zur Bundestagswahl

Betriebliche Ausbildung, Weiterbildung und Fachkräftesicherung

Situation

Angesichts von Demografie und dem Trend zum Studium **droht der Wirtschaft ein Engpass bei den beruflich qualifizierten Fachkräften**. In den Berufsschulen fehlen zudem zunehmend Lehrkräfte und auch die Ausstattung ist – im Vergleich zu allgemeinbildenden Schulen – oft unzureichend.

Ziel

Bundesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Länder müssen sich weiter dafür engagieren, **junge Menschen für eine betriebliche Ausbildung zu gewinnen und zu befähigen**. **Digitale Kompetenzen sollten fester und berufsspezifischer Bestandteil der Ausbildung** in Betrieb und Berufsschule sein. Auch sollten **zukunftsichernde Konzepte für leistungsfähige Berufsschulen** entwickelt und für ausreichenden Nachwuchs an Berufsschullehrern gesorgt werden.

Lösungsweg

Schulen und insbesondere die Gymnasien **sollten über die Perspektiven einer dualen Ausbildung informieren und Schülerinnen und Schülern eine ausgewogene berufliche Entscheidung ermöglichen**. Denn auch trotz der Corona-Krise bildet die Wirtschaft weiter engagiert Auszubildende aus. An den Berufsbildenden Schulen selbst kann die Unterrichtsversorgung und -qualität durch **höhere Budgets** und eine **bessere personelle Ausstattung** gestärkt werden. Bei der **Weiterentwicklung der Ausbildungsprüfungen** sollten die Chancen der Digitalisierung genutzt und die ehrenamtliche Prüfertätigkeit noch besser unterstützt werden.

Die **Höhere Berufsbildung**, also die Weiterbildung zum Fachwirt, Meister oder Betriebswirt, ist **nach wie vor zu wenig bekannt**. Die **schleppende Umsetzung der Abschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“** schafft bei Unternehmen, Absolventen und Bildungsträgern gleichermaßen Unsicherheit.

Die **Marke „Höhere Berufsbildung“ muss gestärkt und die neuen Abschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ zügig umgesetzt werden**. Dies fördert die Vergleichbarkeit und Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung, die Attraktivität der dualen Berufsbildung sowie die internationalen Einsatzmöglichkeiten der Fachkräfte.

Das **Ordnungsverfahren zur Umsetzung** der im Zuge der Novellierung des BBiG zum 01.01.2020 eingeführten **Abschlussbezeichnungen sollte beschleunigt werden**. Darüber hinaus sollte generell **besser über die guten Einkommens- und Beschäftigungsperspektiven**, die die Höhere Berufsbildung mit sich bringt, **informiert werden**.

Die **Weiterbildungsteilnahme reicht noch nicht aus, um aktuell und zukünftig insbesondere kleine und mittlere Unternehmen mit qualifizierten Fachkräften zu versorgen**. Hinzu kommt: **Nicht für alle Gruppen scheint Weiterbildung gleichermaßen attraktiv**. Insbesondere beteiligen sich Geringqualifizierte derzeit noch vergleichsweise selten an Weiterbildungsmaßnahmen.

Weiterbildung sollte insgesamt einen noch größeren Stellenwert erhalten und für Unternehmen und Arbeitnehmer noch selbstverständlicher werden – vor allem mit Blick auf die Chancen und Herausforderungen, die die Digitalisierung mit sich bringt.

Der Staat kann **Weiterbildung mit Anreizmechanismen wie zielgruppenorientierte Prämien- und Gutscheinmodelle flankieren**, ohne dabei Unternehmen einseitig in ihrer Flexibilität einzuschränken.



Positionen zur Bundestagswahl

Digitalisierung

Situation

Die **Digitalisierung** bedeutet für Deutschland nicht nur zusätzliches Wertschöpfungspotenzial, sondern ist essenziell dafür, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt. Doch dafür sind **wesentliche Weichen noch nicht gestellt**.

Ziel

Benötigt werden zeitnah flächendeckend **Glasfaseranschlüsse**. Löcher im Mobilfunknetz müssen schnellstmöglich geschlossen und mittelfristig ein flächendeckendes **Gigabit-Mobilfunknetz auf dem 5G-Standard** ausgebaut werden.

Lösungsweg

Der Ausbau einer bedarfsgerechten und zukunftsfähigen digitalen Infrastruktur erfordern eine **konsistente Ausbauplanung** inkl. Umsetzungscontrolling, die Sicherstellung einer effizienten Frequenznutzung, eine effektive Förderkulisse und einen wettbewerbsfreundlichen Regulierungsrahmen. Auch die **Straffung von Genehmigungsprozessen** und praktische Probleme wie der Mangel an **qualifiziertem Personal** müssen angegangen werden.

Kleine und mittlere Unternehmen verfügen häufig nicht über das erforderliche Wissen und die notwendigen Ressourcen, um von digitalen Schlüsseltechnologien zu profitieren.

Unternehmen müssen schnell und zielorientiert für **aktuelle Technologieentwicklungen sensibilisiert und über Möglichkeiten zu Kooperationen und Kollaboration informiert werden**. Vernetzungen und Wissenstransfer sollen forciert werden, um neue Geschäftsmodelle in Entwicklung und Anwendung zu fördern.

Die **Stärkung niederschwelliger Vernetzungs- und Informationsstellen** sollte durch Kooperationen mit den „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ sowie durch die Förderung regionaler Digital Hubs erfolgen. Parallel dazu sollte der Staat **gute Rahmen- und Förderbedingungen für eine breite Nutzung digitaler Technologien** in den Unternehmen schaffen und hierzu auch den **Aufbau digitaler Kompetenzen unterstützen**.

IT-Sicherheitsvorfälle nehmen sowohl in der Häufigkeit als auch in der Professionalität der Angriffe **dramatisch zu**. Gleichzeitig vermehren sich die **Auflagen für Unternehmen, ohne dass dadurch Sicherheitsgewinne bei den Unternehmen erkennbar sind**.

Unternehmen brauchen eine **zentrale Anlaufstelle, die kompetent, umfassend und neutral über IT-Sicherheitsmaßnahmen** vorberatend informiert. Pflichten müssen so gering wie möglich gehalten werden, für die Unternehmen nachvollziehbar sein und im Gegenzug konkrete Hilfsangebote enthalten.

Gesetze wie das IT-SichG 2.0 **müssen beständig auf ihre Praxistauglichkeit überprüft** und ggf. angepasst werden. Der Staat muss es sich noch stärker als bisher zur Aufgabe machen, strukturelle Verbesserungen von IT-Sicherheit in der Wirtschaft durchzusetzen. Die **Transferstelle IT-Sicherheit im Mittelstand (TISiM) sollte ausgebaut werden**, um eine breite Masse von Unternehmen mit adäquaten Informationsangeboten und Handlungsanleitungen zu erreichen.

Das **Potenzial von E-Government** bleibt zum großen Teil ungenutzt. Verbindliche **Standards und Lösungen** für elektronische Verwaltungsleistungen werden **nicht schnell genug entwickelt und implementiert bzw. kommen in der Praxis bei Unternehmen kaum an**.

Das Onlinezugangsgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Ziel muss es dabei sein, **alle unternehmensbezogenen Verwaltungsleistungen zu bündeln und über eine Plattform zugänglich zu machen**. Der Zugang dazu und die **Authentifizierung** von Unternehmen sowie der Datenaustausch sollte **über ein bundesweit einheitliches Servicekonto** erfolgen. Dadurch würde die Anwendungsfreundlichkeit wesentlich gesteigert.

Das Augenmerk von Bund, Länder und Kommunen muss darauf gerichtet sein, dass digitale Prozesse reibungslos ineinandergreifen. Deshalb sollten **Standards in den öffentlichen IT-Infrastrukturen** genauso etabliert werden wie eine bessere **Koordination zwischen kommunaler Ebene, Landes- und Bundesebene**.



Positionen zur Bundestagswahl

Unternehmensgründung und -nachfolge

Situation

Aufwändige Genehmigungsverfahren, mangelndes Verständnis für unternehmerisches Handeln in der öffentlichen Verwaltung sowie Berufszugangs- und -ausübungsregeln verzögern und erschweren häufig den unternehmerischen Start.

Ziel

Ziel sollte sein, dass eine **digitale Gründung binnen 48 Stunden** möglich ist. Dafür müssen Bürokratie für Gründungen und junge Unternehmen abgebaut werden. Das dazu notwendige Verständnis für unternehmerisches Handeln sollte durch einen **intensiveren Dialog zwischen Unternehmern, Verwaltungen, Parlamenten und Finanzierungspartnern** verbessert werden.

Lösungsweg

Das **Onlinezugangsgesetz** sollte mittelstands- und gründungsfreundlich umgesetzt werden, d. h. die **direkt involvierten Behörden** sollten **über eine Anlaufstelle erreichbar sein** und **Basisdaten nur einmal** und nicht mehrfach angegeben werden müssen.

Die **Realisierung von Unternehmensnachfolgen** als Gründungsalternative wird **durch behördliche Auflagen und einen oftmals hohen Finanzierungsbedarf** stark **gehemmt**. Gleichzeitig suchen viele Firmen geeignete Nachfolger.

Unternehmensnachfolgen müssen bei Gründungsinteressierten und in der Belegschaft **eine echte Karrierealternative darstellen, damit die Wertschöpfung und Wirtschaftskraft** von bestehenden, übergabefähigen Unternehmen **bestehen bleibt**.

Karenzeiten für steuerliche Betriebsprüfungen, Übergangsfristen sowie **Bestandsschutz für bauliche Maßnahmen und Meldepflichten** sind dringend notwendig, um behördliche Hürden bei einer Unternehmensnachfolge abzubauen.

Immer noch scheitern etliche **Start-ups** an **mangelndem Beteiligungskapital** – insbesondere in der Wachstumsphase.

Durch steuerliche Vorteile sollten **Anreize für private Investoren geschaffen werden**, damit neben den öffentlichen Finanzierungshilfen auch mehr private Beteiligungskapitalgeber finanzielle Mittel für Startups zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang müssen auch **mehr Business Angels für erfolgreiche Unternehmensgründungen** gewonnen werden.

Innovative Unternehmensgründungen und -nachfolgen könnten mehr **privates Beteiligungskapital** aktivieren, wenn z. B. **bessere steuerliche Verlustverrechnungsmöglichkeiten** und ein **rechtssicherer Rahmen für Investoren** geschaffen würden. **Bundesweite Gründerstipendien** könnten ein weiterer Baustein, insbesondere für innovative Gründungen unabhängig vom Studienabschluss, sein. Die Politik sollte darüber hinaus ihre **Programme zur Beratungsförderung für Gründer/innen, für junge Unternehmen** und für Unternehmen in Schwierigkeiten **praxisgerechter gestalten**.

Das Thema **Unternehmertum** spielt in Deutschland nach wie vor eine **untergeordnete Rolle**. Das verdeutlichen rückläufige Gründungszahlen und ein mangelndes Interesse an der Selbständigkeit.

Eine **offene Einstellung zum Unternehmertum** muss bei **jungen Menschen** schon **durch ökonomische Bildung in Schule und Hochschule** sowie **in der beruflichen Bildung** gefördert werden.

Um **Entrepreneurship nachhaltig im Unterricht zu verankern**, müssen Bildungsprojekte, fachbereichsübergreifende Lehrinhalte zur ökonomischen Bildung sowie die Möglichkeit zur Gründung von Schülerfirmen auch durch **bildungspolitische Ansätze** ermöglicht werden.

Impressum



Verleger und Herausgeber:
 IHK-Arbeitsgemeinschaft
 Rheinland-Pfalz c/o IHK Koblenz
 Schloßstraße 2
 56068 Koblenz
 ☎ 0261 106-0
 @ service@koblenz.ihk.de
 🌐 ihk-rlp.de

Ansprechpartner

Fabian Göttlich
 Wirtschaftspolitischer Sprecher
 IHK-Arbeitsgemeinschaft
 Rheinland-Pfalz
 ☎ 0261 106-214
 @ goettlich@koblenz.ihk.de

Redaktion:

Dr. Holger Bentz, Steffen Blaga, Aaron Braun, Wilfried Ebel,
 Fabian Göttlich, Malin Handrick, Lisa Haus, Manuel Heigl,
 Ralf Lawaczeck, Nicole Rabold, Oliver Sacha, Dr. Ingrid Vollmer

Stand: August 2021

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.



Schloßstraße 2
 56068 Koblenz
 ☎ 0261 106-0
 @ service@koblenz.ihk.de
 🌐 ihk-koblenz.de



Ludwigsplatz 2 – 4
 67059 Ludwigshafen
 ☎ 0621 5904-0
 @ service@pfalz.ihk24.de
 🌐 pfalz.ihk24.de



Schillerplatz 7
 55116 Mainz
 ☎ 06131 262-0
 @ service@rheinessen.ihk24.de
 🌐 rheinessen.ihk24.de



Herzogenbuscher Str. 12
 54292 Trier
 ☎ 0651 9777-0
 @ service@trier.ihk.de
 🌐 ihk-trier.de